

Projekt, das ganz neu ist. Für weitere Digitalisierungsprojekte haben wir fast 13 Millionen Euro im nächsten Haushalt.

Großes Thema für alle Verkehrsträger: die Infrastrukturen. Wir investieren Rekordsummen in eigener Verantwortung. In diesem Jahr, 2019, gehen 1,55 Milliarden Euro

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

in den Erhalt und Bau von Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen.

Es ist uns in diesem Jahr gelungen, 50 Millionen Euro Bundesmittel abzurufen, die eigentlich in anderen Ländern hätten verbaut werden sollen.

(Beifall von der CDU, der FDP und Herbert Strotebeck [AfD])

Wir erinnern uns alle noch an rot-grüne Zeiten. Da war es genau andersrum. Wir holen jetzt das Geld zurück, das Sie liegen lassen haben, verehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diese 50 Millionen Euro sind noch nicht das Ende der Fahnenstange. Wir finanzieren 100 Millionen Euro Investitionen vor, weil wir mehr und schneller geschafft haben, als uns der Bund aus Bundesmitteln überhaupt in 2019 geben konnte. Das hat es in der Dimension noch nie gegeben.

Unser Planungshochlauf, unser Genehmigungshochlauf, unser Bauhochlauf kommt langsam da an, wo er hin muss: auf der Straße.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für den Erhalt von Landesstraßen geben wir 185 Millionen Euro und für den Neubau 52 Millionen Euro im nächsten Jahr.

Das Thema „Schiene“ in gleicher Dimension – keine Einseitigkeit: 1,4 Milliarden Euro die DB Netz in Nordrhein-Westfalen. Wir machen die NE-Bahn-Förderung für die letzte Meile bei der Schiene – etwas, das Sie von Rot-Grün nie getan haben.

Radwege – es ist schon gesagt worden: Es stehen 47 Millionen Euro zur Verfügung. Die 900 Millionen Euro des Bundes kommen hinzu. Wir werden das Radgesetz machen, um Fahrradfahren in Nordrhein-Westfalen noch attraktiver zu machen.

E-Bikes und Pedelecs machen Radverkehr zum Pendlerverkehr. Wir schaffen mit zehn zusätzlichen Planern – exklusiv für Radwege – die Voraussetzung dafür, dass möglichst viel des zusätzlichen Geldes auch dafür in Nordrhein-Westfalen landet.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Bei Wasserstraßen ist schon über den in der zweiten Bereinigungssitzung vor zehn Tagen im Bundestag

beschlossen Personalzuwachs im kommenden Jahr gesprochen worden: 25 neue Stellen in NRW im letzten Jahr, in diesem Jahr zusätzliche Stellen, sodass es auch bei den Kanälen endlich wieder vorangeht.

Der Verkehrsetat des Jahres 2020 wird ein Zukunftshaushalt. Wir investieren kräftig in bessere Mobilität, in saubere Mobilität, in bessere Infrastruktur.

Ich danke den regierungstragenden Fraktionen für ihre Bereitschaft, dies mitzugehen. Allen anderen sage ich ein herzliches Willkommen in der Realität. Vergleichen Sie, das was wir tun, nicht mit dem, was man sich wünscht, sondern mit dem, was Sie getan haben. Dann sehen Sie einen himmelweiten Unterschied.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8009, den Einzelplan 09 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 09 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 09 in zweiter Lesung angenommen** worden.

Ich rufe auf:

Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8009

Wir debattieren in zwei Teilbereichen. Ich rufe den ersten Teilbereich auf:

a) Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz

Ich eröffne die Aussprache zu Teil a) „Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz“ und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wahrscheinlich an niemandem in den letzten Tagen vorbeigegangen: Es gab vermehrt Traktoren auf den Straßen in Deutschland.

Für den einen oder anderen hier im Raum ist es sicherlich ein seltenes Bild. Für mich trifft das nicht zu; ich komme aus dem Münsterland und habe häufiger Trecker vor dem Auto.

Aber 5.000 Traktoren in Berlin sind auch für unsere Fraktion ein beeindruckendes Bild – beeindruckend auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite auch verwunderlich.

Die Landwirte wollen mit ins Boot geholt werden. Das verwundert mich ganz besonders. Seit Jahrzehnten machen doch CDU und CSU Politik für Landwirte – dachten wir bisher. Was ist eigentlich aus dieser Allianz aus CDU und Bauernverband geworden? Jetzt melden sich die Landwirte zu Wort, man hätte lange Zeit nicht mit ihnen gesprochen.

Auch Sie, Frau Ministerin Heinen-Esser, haben uns in vielen Ausschusssitzungen deutlich gemacht, wie viele runde Tische es gibt, in wie viele Absprachen die Landwirte eingebunden werden, und dass Sie oft mit Verbänden und Landwirten zusammengesessen hätten.

Was ist dabei eigentlich herausgekommen? Was ist die Quintessenz? – Seit zweieinhalb Jahren doktert die schwarz-gelbe Landesregierung an diesen Fragen herum, ist im Amt, und was ist seit dieser Zeit passiert? – Nicht mehr als Worthülsen.

Runde Tische, Kolleginnen und Kollegen, helfen alleine nicht weiter. Man muss in den Dialog gehen, man muss auch seine Kritiker einladen, und man muss sich am Ende – und darauf kommt es an – festlegen und regieren; das habe ich bei meiner letzten Rede schon gesagt. Aber davon sind Sie weit entfernt.

(Beifall von der SPD)

Die Proteste der Landwirte machen ganz deutlich, was passiert, wenn keine klaren Entscheidungen getroffen werden und man viele Beteiligte nicht ins Boot holt. Was ist denn getan worden beim Gewässerschutz, beim Insektenschutz? Wo gibt es klare Entscheidungen? – Leider Fehlanzeige.

Genauso verhält es sich bei der Landesregierung in unzähligen anderen Bereichen: viel heiße Luft. Die schwarz-gelbe Hinhaltenaktik kommt aber nun an ihr Ende. Sie regieren zweieinhalb Jahre, und es wird nicht mehr funktionieren, sich mit runden Tischen rauszureden.

Das Thema Luftreinhaltung macht noch einmal deutlich, mit welcher gespaltener Zunge hier die Landesregierung spricht. Die Diskussion um die Umweltspur in Düsseldorf macht das einmal mehr deutlich.

Verkehrsminister Wüst hat wundersame Äußerungen zur Einführung dieser Umweltspur in die Medien hinausgeblasen. Er kritisiert damit indirekt und direkt die Umweltministerin, die sich nämlich im Ausschuss auf diese Umweltspur bezieht, weil sie Luftreinhaltepläne genehmigen muss.

Wo wollen Sie also hin? – Auf der einen Seite Gesundheitsschutz, auf der anderen Seite Verkehr. Keine klare Linie, stattdessen beispielsweise FDP-Politikerinnen, die dann auch noch als drittes Rad am Wagen über diese Umweltspur lästern.

Sie müssen entscheiden, wo Sie hinwollen. Der Verkehrsminister hat das Sagen oder Sie, Frau Heinen-Esser. Einer muss sich in dem Bereich durchsetzen.

Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist wichtig, dass es saubere Luft für alle Menschen in unserem Land gibt, und es geht um Lebensqualität.

Das geht verständlicherweise nicht von heute auf Morgen, aber es bedarf Verhaltensänderungen und Konzepte. Wenn ich jedem alles verspreche, bin ich so wie die Landesregierung: nicht zu greifen, nicht zu fassen. Das ist wieder das Bild, das wir hier erleben.

Ich habe in der letzten Rede zum Haushalt 2018 eine Task-Force „Luftreinhaltung“ eingefordert.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Haben wir doch!)

Seitdem ist nicht viel in dem Bereich passiert.

Schauen wir uns die Stabsstelle des Ministeriums an. Wir haben kritisiert, dass die Stabsstelle Umweltkriminalität abgeschafft wurde, dann wurde wieder ein Gutachten in Auftrag gegeben, wie man die Aufgaben – in welcher Form auch immer – im Bereich eines Tierschutzbeauftragten organisieren soll.

Was denn nun? Wo wollen Sie hin? Was ist der klare Plan? – Der ist auch im Haushaltsplan, der ja den Inhalt der Landesregierung deutlich machen soll, nicht zu erkennen.

Von der Luft nun zum Thema „Biodiversität“. Wir reden in den letzten Plenarrunden alle lange über Biodiversität, über Insektensterben. In Titelgruppe 82 ist relativ wenig zu erkennen zum Bienen- und Insektenschutz.

Die Landesregierung sagt zwar auf großen Veranstaltungen, das sei ein wichtiges Thema – ich erinnere an die Veranstaltung am 3. Juni, wo auch der Ministerpräsident einige Sätze dazu gesagt hat –, aber es folgt daraus nichts.

Es folgt daraus, dass wenige Tage später der LEP beschlossen wird, wo das 5-Hektar-Ziel aufgegeben wird. Das ist die Politik der Landesregierung. Sonntags wird alles versprochen, und wenn es um klare

Kante geht, um klare Dinge, die man in die Gesellschaft gibt, wird gekniffen. Sie müssen sich entscheiden.

Vor dem Hintergrund einen Haushalt anzunehmen, verbietet sich Sozialdemokraten, weil wir keine Linie erkennen im Bereich Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Deshalb werden wir natürlich auch den Haushalt ablehnen. – Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der CDU hat nun die Abgeordnete Frau Winkelmann das Wort.

Bianca Winkelmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Stinka fragt: Was ist denn schon getan worden, und wo sind die Ansätze? – Ich werde die nächsten fünf Minuten nutzen, um Ihnen das mal zu erklären.

(Zurufe von der SPD und von der AfD)

Wir befinden uns im Einzelplan 10 im Haushalt des Umweltministeriums. Mit dem kleinsten Etat aller Haushalte, mit nämlich nur 1,043 Milliarden Euro, muss ein Wahnsinnspaket an Aufgaben erfüllt werden. Das sind halt die Kernaufgaben. Wir stehen dazu, und wir wissen, wie wichtig es ist, die Natur zu schützen und unsere Artenvielfalt zu erhalten – Kernaufgabe des Ministeriums.

(Zuruf von der SPD)

Die Optimierung und Sicherung der Tierhaltung unter der Wahrung des Tierwohls auszugestalten, ist eine weitere Kernaufgabe, ebenso die Anpassung an den Klimawandel voranzutreiben und die Herausforderung im Waldbau und in der Forstwirtschaft anzugehen – ein wahnsinniges Maßnahmenpaket.

Das mit einem solchen Haushaltsvolumen zu schaffen, ist die große Herausforderung. Das gelingt unserem Ministerium seit zweieinhalb Jahren in ganz hervorragender Weise.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie uns zunächst einen Blick auf den Bereich Landwirtschaft werfen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Um auch nachfolgenden Generationen eine lebenswerte und gesicherte Zukunft mit bezahlbaren und sicheren Lebensmitteln zu ermöglichen, wollen wir uns gemeinsam mit unseren Landwirten und niemals gegen unsere Landwirte in Nordrhein-Westfalen auf den Weg machen.

Ich nenne hier das Beispiel der Nutztierhaltung. Wie und unter welchen Rahmenbedingungen können zukünftig Stallneu- und -umbauten möglich sein?

(Zuruf von der AfD)

Im vorliegenden Haushaltsentwurf finden Sie 2 Millionen Euro für die Errichtung eines Versuchsstalls auf Haus Düsse. Hier soll ein Musterstall entstehen, der die Antworten auf die erforderlichen bau- und emissionschutzrechtlichen Voraussetzungen erfüllen wird.

Wer also die Landwirte in Nordrhein-Westfalen bei den Herausforderungen der Zukunft unterstützen will, sollte diesem Entwurf zustimmen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh Gott!)

Schauen wir auf den Bereich Umwelt. Um die Treibhausgasreduzierungs- und Klimaanpassungsziele zu erreichen, ist eine Förderung und Finanzierung von Klimamaßnahmen vorgesehen.

(Zurufe von der SPD und der AfD)

Ein besonderer Fokus wird dabei auf Synergieeffekte zwischen Klimaschutz, Klimaanpassung, Umwelt- und Naturschutz sowie grüner Infrastruktur gelegt,

(Zuruf von der AfD)

denn auch städtische grüne Infrastruktur verringert den Effekt des Klimawandels. Hierfür finden wir im Haushaltsansatz fast 650.000 Euro.

(Zuruf von der AfD)

Zur Umsetzung der Maßnahmen der Wasserrahmenrichtlinie steht ein Ansatz in Höhe von fast 75 Millionen Euro zur Verfügung.

Für Maßnahmen des Hochwasserschutzes sind außerhalb der GAK weitere Haushaltsmittel in Höhe von rund 56 Millionen Euro vorgesehen.

Wer Klima- und Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen voranbringen will, sollte diesem Haushalt zustimmen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Sagen Sie das noch mal!)

– Herr Rüße, das kommt noch; warten Sie es ab.

Widmen wir uns dem Thema „Naturschutz“. Forschung und Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität bilden einen weiteren Schwerpunkt dieses Haushaltsplans. Zur Sicherung der Förderung liegt hier ein Ansatz von fast 37 Millionen Euro vor.

Besonders erwähnt werden muss an dieser Stelle, dass die globale Minderausgabe, von der wir heute schon häufig gehört haben, für den Naturschutzhaushalt nicht greifen soll.

Wir als CDU und als NRW-Koalition unterstützen mehr Planungssicherheit für die 40 Biologischen Stationen im Land und stellen dafür rund 11 Millionen Euro zur Verfügung, denn wir wissen das in Deutschland einzigartige Netz an Biologischen Stationen zu schätzen.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Darüber hinaus wird der Bedarf der 23 Umweltbildungseinrichtungen nochmals um weitere rund 550.000 Euro erhöht.

Weitere Kernpunkte des Naturschutzhaushaltes sind – um nur einige Beispiele zu nennen – die Umsetzung der Natura-2000-Richtlinie, der Aufbau und die Sicherung eines landesweiten Biotopverbundes, die Weiterentwicklung des Nationalparks Eifel sowie die Erarbeitung und Umsetzung von Artenschutzprogrammen.

Für das hohe Engagement der Landesregierung, Maßnahmen im Vertragsnaturschutz und auch in der Ausweitung von Blühflächen weiter zu verbessern, werden viele finanzielle Mittel bereitgehalten.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

So konnten wir in NRW die im Rahmen des Vertragsnaturschutzes betreuten Flächen von 28.000 ha im Jahr 2017 auf 32.500 ha im Jahr 2019 deutlich erhöhen.

Ziel all dieser Maßnahmen ist es, die Biodiversität in Nordrhein-Westfalen zu erhalten bzw. zu entwickeln und weiterzuentwickeln sowie den Rückgang der Arten zu stoppen.

Geld ist nicht alles, aber es bildet immer noch die Grundlage zur Umsetzung der vielfältigen Maßnahmen zur Verbesserung des Artenschutzes. Wer also in Nordrhein-Westfalen für Artenvielfalt und ein Mehr an Biodiversität steht, sollte diesem Haushalt zustimmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zum Schluss ein Wort zum Thema „Wald“: Für die Umsetzung der Schmollenberger Erklärung vom September dieses Jahres sind Mehrausgaben in Höhe von rund 10 Millionen Euro sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 90 Millionen Euro im Einzelplan des Ministeriums veranschlagt. Diese Mittel sollen für die Wiederaufforstung der schwer beschädigten Wälder im Land eingesetzt werden.

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2020 stehen in einem Zeitraum von zehn Jahren insgesamt 100 Millionen Euro für Zuschüsse zur Verfügung. Dieser Zehnjahreszeitraum ist nötig, denn Waldumbau ist immer eine Generationenaufgabe.

Präsident André Kuper: Frau Kollegin, die Redezeit ist um.

Bianca Winkelmann (CDU): Ich komme zum Ende. – Dem tragen wir mit diesem Programm Rechnung.

Wer für gesunde Wälder, mehr Biodiversität, Naturschutz und eine Zukunft für unsere Bauern eintreten will sowie mit gesundem Menschenverstand das komplexe Gesamtbild betrachtet,

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Der sollte diesem Haushalt zustimmen!)

sollte diesem Haushalt zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Fraktion der Grünen hat nun der Abgeordnete Herr Rübe das Wort.

Norwich Rübe (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Winkelmann, all das, was Sie vorgetragen haben, hat mich nicht wirklich überzeugt.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD] – Zurufe von der CDU: Oh! – Henning Höne [FDP]: Sie wollten sich gar nicht überzeugen lassen!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn ich mir den Haushalt so ansehe, wäre es gut, wenn gerade die CDU und die FDP den Mut hätten, den Haushalt dieses Ministeriums wenigstens auf den Stand zurückzubringen, den er mal hatte, bevor 2005 Schwarz-Gelb an die Regierung gekommen ist und diesen Haushalt kleingehäckselt hat. Das wäre mal was. Das tun Sie aber nicht.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Genau!)

Stattdessen feiern Sie sich noch für mehr Blühflächen, mehr Agrarumweltmaßnahmen, obwohl all das in Wahrheit durch die Verhandlungen, die damals Johannes Rimmel und Horst Becker als Staatssekretär geführt haben, ermöglicht wird, weil dadurch in der zweiten Säule mehr Gelder nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind, wovon Sie nun profitieren.

Die Herausforderungen für das Umweltministerium sind größer geworden; das sollten wir wohl alle klar erkannt haben. Der Klimawandel hat – das hat fast jeder hier im Haus begriffen – massive Einflüsse auf die Landwirtschaft, auf unseren Wald und auch auf die Umwelt insgesamt.

Wenn also die Herausforderungen so viel größer sind, sind wir der Meinung, dass man dieses Ministerium stark machen muss.

Zu den Herausforderungen insbesondere für die Landwirtschaft. Frau Winkelmann, es hat mich gewundert, dass Sie dazu nichts gesagt haben: 8.600 Traktoren in Berlin und Landwirte, die absolut nicht wissen, wie es auf ihren Höfen weitergehen soll.

Die Landwirte haben ihre Höfe nach vorne entwickelt. Alle, die dort waren, sind Anlagemillionäre, verfügen aber nicht über ein ausreichendes Einkommen. Was da passiert, bedeutet eine Diskrepanz. Das ist absolut nicht hinnehmbar.

(Beifall von den GRÜNEN und Annette Watermann-Krass [SPD])

Was passiert da? – Die Landwirtschaft zeigt Ihnen von der CDU die Rote Karte. So ist das.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Das ist die Rote Karte für die CDU, für Ihre verfehlte Agrarpolitik, die Sie in den letzten 20 Jahren betrieben haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU] – Gegenruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie haben den Bäuerinnen und Bauern gemeinsam mit dem Bauernverband erklärt: Verzichtet auf die Milchquote und geht mit uns den Weg auf den Weltagrarmarkt. Da holen wir den Profit der Zukunft. Das läuft, das klappt.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Heute, 20 Jahre später, ist die Hälfte der Höfe weg – die Hälfte.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Das ist Ihre agrarpolitische Bilanz, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir können zusammen einen Blick nach Österreich werfen, der gleiche Zeitraum; Österreich hat es anders gemacht. Österreich ist damals unter Franz Fischler den anderen Weg gegangen. Dort wurde gesagt: Unsere Landwirtschaft kann nicht am Weltagrarmarkt mitspielen. Wir stärken sie massiv über Agrarumweltmaßnahmen.

So wurde es dort gemacht, und das hätten auch wir besser so machen sollen. Das war eine katastrophale Fehlentscheidung der CDU.

Wir möchten angesichts der Herausforderungen eine Stärkung des Umweltministeriums erreichen. Dieses Umweltministerium hatte, als der Euro eingeführt wurde, mal einen Anteil am Landeshaushalt von 2 %. Damals war Bärbel Höhn noch Ministerin, und der

Haushalt des Ministeriums betrug rund 950 Millionen Euro, der Landeshaushalt 48 Milliarden Euro.

Frau Winkelmann hat eben gesagt, wie begrenzt der Haushalt ist: Heute haben Sie 1,043 Milliarden Euro bei einem Gesamthaushalt von knapp 80 Milliarden Euro. Das ist ein Anteil von 1,3 %.

Würden wir diesen Anteil wieder auf 2 % hochfahren, hätten Sie rund 550 Millionen Euro mehr, die man für gute Programme des Landes im Bereich „FöNa“ einsetzen könnte, damit die Biologischen Stationen zusammen mit der Landwirtschaft Naturschutzmaßnahmen umsetzen können.

Wir könnten viel mehr machen im Bereich Tierwohl, im Bereich Tierschutz. Da wäre so viel mehr möglich. Frau Heinen-Esser, Sie müssen sich im Kabinett auch einmal durchsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie müssen mehr erreichen. Sie müssen erreichen, dass der Umwelthaushalt nicht die globale Minderausgabe erbringt. Das ist doch viel zu wenig.

Dieser Posten, Frau Winkelmann, hatte früher mal ein Volumen von 45 Millionen Euro. Den haben Sie auf 16 Millionen Euro abgesenkt. Das war schon eine Schande an sich. Jetzt freuen wir uns doch nicht darüber, dass er in einem Zeitraum von zwei Jahrzehnten wieder auf 38 Millionen Euro angestiegen ist. Es muss deutlich mehr passieren.

Ich fordere Sie auf: Setzen Sie sich im Kabinett durch. Sorgen Sie dafür, dass wir in Nordrhein-Westfalen wieder vernünftige Umweltpolitik machen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen – darüber sind wir uns sicherlich einig, Frau Heinen-Esser – einen Pakt für Landwirtschaft, Naturschutz und Tierschutz, der ausfinanziert ist. Dann können wir gemeinsam auf die Bundesebene Druck machen, aber Sie müssen auch hier im Land Ihre Hausaufgaben machen.

Ich sage Ihnen: Ein Stall auf Haus Düsse macht noch keinen Sommer. Ich bin gespannt, wann der wirklich steht. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Diekhoff.

Markus Diekhoff* (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin überrascht, dass sich die SPD, vor allem Herr Stinka, traut, sich hier als Jeanne d'Arc der Bauern und Landwirte darzustellen. Das ist schon ein starkes Stück. Die Landwirte sind nach Berlin gefahren, weil

aus dem dortigen Umweltministerium ein großer Teil des Ärgers kommt, der die Landwirte dazu treibt.

(Beifall von der FDP)

Frau Schulze hat einen erheblichen Anteil daran. Das kann man nicht einfach negieren. Da können Sie hier nicht sagen, es sei alles anders.

Wir brauchen auch keine Taskforce Luftreinhaltung, sondern wir haben geliefert und haben saubere Luft; denn sonst hätten wir Fahrverbote. Diese gibt es nicht. Daher brauchen wir keine runden Tische und keine Taskforce.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Das Schöne ist, Herr Rüße, dass wir nicht Sie von unserem Haushalt überzeugen müssen, sondern die Bürgerinnen und Bürger. Und die waren überzeugt, sonst hätten sie uns nicht gewählt.

(Beifall von der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]:
Aber nur einmal!)

Am Ende ist auch der Weltmarkt nicht das Problem, sondern die Diskrepanz, die hier in Deutschland zwischen den grünen Auflagen und dem grünen Denken einerseits und dem Kaufverhalten der Bürger andererseits für die Landwirte entstanden ist. Da passt vieles nicht zusammen. Darunter leiden die Landwirte.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Frau Heinen-Esser ist Ihre Ministerin! – Gegenruf von der CDU: Unsere!)

Die NRW-Koalition legt hier einen Haushalt vor, der eine sehr gute und sehr ausgewogene neue und zielgerichtete Umweltpolitik möglich macht. Es gibt keine Kürzungen im Naturhaushalt trotz einiger Einsparmaßnahmen, die wir hier durchführen müssen. Wir haben uns im Zeitalter von Artensterben und anderem bewusst dafür entschieden, darauf einen Fokus zu legen.

Das zeigt sich auch an den Änderungsanträgen von SPD und Grünen. Wirklich relevante Änderungsvorschläge haben Sie nicht unterbreitet. Also scheint Sie dieser Haushalt überzeugt zu haben. Ein bisschen Kleingartenwesen, ein bisschen Digitalisierung der Verbraucherzentrale, ein bisschen Erhaltung des städtischen Grüns – mehr Ideen hat die SPD in Zeiten von Klimawandel, Artensterben und den Problemen der Landwirtschaft, die jetzt wieder als Sündenbock erhalten soll, nicht anzubieten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist schwach. Das ist keine Zukunftspolitik. Das ist die Kapitulation vor den wirklichen Herausforderungen, die FDP und CDU mit diesem Haushalt entschlossen angehen.

Auch die Grünen arbeiten sich immer wieder an ihrem Lieblingsfeind ab. Wie ist es sonst zu erklären,

dass Sie ausgerechnet in der aktuellen Situation das Budget der Landwirtschaftskammer um 1 Million Euro kürzen wollen? Das ist doch Wahnsinn! Die Landwirte fahren in ihrer Not mit dem Trecker bis nach Berlin, und die Antwort der Grünen ist ...

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Was hat denn das mit der Landwirtschaftskammer zu tun? Das ist grenzenlose Ahnungslosigkeit!)

– Sie wissen aber, was es auf dem Papier ist. Es ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, deren Aufgabenschwerpunkt darin besteht, die Landwirtschaft und die darin Berufstätigen zu fördern und zu stärken.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wissen Sie, welche Aufgaben die Landwirtschaftskammer hat? Ich kann Ihnen gerne weiterhelfen. Ganz oben stehen Umweltverträglichkeit, Verbraucherschutz, artgerechte Tierhaltung, Förderung des ökologischen Landbaus, regionale Vermarktung

(Dietmar Brockes [FDP]: Wollen Sie alles nicht!)

und – hört, hört! – die Gleichstellung von Mann und Frau in der Landwirtschaft. Welcher dieser Bereiche ist den Grünen denn so unwichtig, dass Sie ihn zwingend einkürzen müssen?

(Dietmar Brockes [FDP]: Das wüssten wir gerne!)

Das funktioniert so nicht. Sie können doch nicht genau an der Stelle sparen wollen und hier sagen, Sie wüssten alles besser. So funktioniert es nicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Genauso illusorisch ist der einzige andere Antrag der Grünen, wonach man 80 Millionen Euro braucht, um Wald aufzukaufen – völlig unabhängig davon, dass Ihnen klar ist, wie illusorisch 80 Millionen Euro sind. Wenn wir sie hätten, bräuchten wir sie ja wohl nicht, um Wald aufzukaufen. Der Wald ist schon da. Das ist der gleiche Denkfehler wie bei den Wohnungen in Berlin. Das funktioniert auch nicht. Ein Eigentümerwechsel heilt weder den geschädigten Wald noch wird dadurch auch nur ein einziger neuer Baum gepflanzt im Kampf gegen den Klimawandel.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Hätte man diese 80 Millionen Euro, sollte man damit den privaten Waldbesitz stärken und keinen Staatswald erschaffen. Private Waldeigentümer mit Auflagen und Bürokratie mürbezumachen, um das Eigentum billig zu verstaatlichen, das ist weder fair noch zielführend. Die FDP steht an dieser Stelle klar und deutlich zum privaten Waldeigentum und zur Stärkung der privaten Waldbesitzer.

Die FDP und die Landesregierung stehen für einen Haushalt im Bereich Umwelt, Naturschutz, Landwirt-

schaft und Verbraucherschutz, der für gesundes Essen, gesunde Betriebe und eine gesunde Umwelt sorgt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die AfD spricht Herr Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man Ihre Reden hört, dann beschleicht einen unweigerlich das Gefühl, Sie lebten alle in einer Parallelwelt. Sie haben es wohl nicht verstanden.

Die Bauern haben gegen Ihre Politik demonstriert, gegen die Politik von Ihnen allen, gegen die giftgrüne Politik, die Sie alle hier betreiben. Sie haben vollkommen zu Recht gegen Frau Klöckner, gegen Frau Schulze und auch gegen Frau Heinen-Esser protestiert, und Sie tun hier so, als hätten Sie alles richtig gemacht. Genau deshalb protestieren die Bauern ja auch, weil Sie alles richtig gemacht haben.

Frau Heinen-Esser ist schlichtweg eine grüne Ministerin für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, aber ganz sicher keine Ministerin für Landwirtschaft. In ihrer bisherigen Regierungszeit hat sie nichts für die Landwirte unternommen.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Och!)

Keine einzige Rechtsvorschrift wurde aufgehoben oder abgeschafft, aber Dutzende neue sind für die Landwirte dazugekommen. Sie sind eine derartige Fehlbesetzung als Agrarministerin, dass sich jeder anständige Konservative Frau Schulze Föcking zurückwünscht.

(Zuruf von der CDU)

Frau Heinen-Esser, entschuldigen Sie, aber für die Landwirte sind Sie ein wandelndes Risiko mit Schal.

(Vereinzelt Beifall von der AfD – Zurufe)

Im Gegensatz dazu ist die Liste unserer eingebrachten Anträge für das Umweltressort in diesem Jahr sehr lang:

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

„Ausbruch der Blauzungenkrankheit in Nordrhein-Westfalen verhindern“ vom 12. Februar 2019, „Regionale Vermarktung in Nordrhein-Westfalen fördern und Akzeptanz für die bäuerliche Landwirtschaft schaffen“ vom 12. März 2019, „Höfesterben bekämpfen – Landesregierung muss eine attraktive Start-up-Kultur in der Landwirtschaft schaffen und Hofübergaben erleichtern“ vom 2. Juli 2019 und, nicht zu vergessen, „Notstand der Bauern – Bundesweite Bauernproteste gegen die Agrarpläne der Bundesregierung“ vom 5. November 2019. All unsere Anträge

wurden von Ihnen allen in der letzten Lesung abgelehnt. Alle!

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Selbst haben Sie keine Lösungswege für die Probleme in der Landwirtschaft aufgezeigt. – Sie auch nicht, Herr Nolten. Tun Sie nicht so scheinheilig. Wir von der AfD springen nicht auf einen fahrenden Zug auf. Wir standen als Einzige von Anfang an der Seite der Bauern.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Was machen Sie, Frau Heinen-Esser? Sie spielen auf der Ökoklaviatur und möchten die Insekten retten.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ja!)

Dafür setzen Sie bereitwillig die Zukunft der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen aufs Spiel. Wir werden nicht schweigen und tatenlos zusehen, wie Sie den Bauernstand in Deutschland durch die verfehlte Agrarpolitik kaputt machen.

Wer in Zukunft noch schwarz wählt, der bekommt eine grüne Agrarministerin serviert. Um Haaresbreite hätte es auf Bundesebene eine Jamaika-Koalition gegeben, und Anton Hofreiter wäre Bundesagrarministerin geworden.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf: Hört, hört!)

Unsere Anträge zum Haushalt liegen allen vor. Sie haben die Chance zu mehr Regionalität in der Landwirtschaft. – Es freut mich, dass auch die CDU über meinen Scherz lacht. Das freut mich. Der war auch witzig, oder?

(Zuruf)

Zu unseren Anträgen: Der Haushaltsposten für Zuschüsse zur nachhaltigen Absatzförderung für nordrhein-westfälische Agrarprodukte soll um eine moderate halbe Million Euro erhöht werden.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Man, man, man!)

Als Vorschlag zur Gegenfinanzierung kürzen wir die staatliche Bezuschussung von Ökobetrieben. Wie Anfang des Jahres bekannt geworden ist, steigerte sich der Verkaufserlös der Bioprodukte auf über 2,2 Milliarden Euro. Bei diesen Zahlen muss über die Sinnhaftigkeit der staatlichen Finanzierung der Ökolanbauverbände nachgedacht werden. Ein Ökolandwirt selbst profitiert davon ja nicht.

Kommen wir noch einmal kurz zu den Bauernprotesten am Montag. Die Landwirte sind sauer,

(Zuruf von der CDU: Waren Sie da?)

sauer auf Ihre Politik.

(Zuruf von der CDU: Waren Sie da?)

Wir hatten dazu eine Aktuelle Stunde vorbereitet, aber unser Antrag wurde vom Landtagspräsidium, in dem wir als einzige Fraktion nicht vertreten sind, abgelehnt. Was das bedeuten kann, sieht man an den Ergebnissen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ungeheuerlich!)

Die Landwirte sind nicht dabei. Schade! Es wäre eine passende Gelegenheit gewesen, auch einmal über die Klagen der angeblichen Umweltschützer vom BUND gegen die Landesregierung zu sprechen. Sie klagen bekanntlich über zu hohe Nitratwerte in Nordrhein-Westfalen. Darüber sollten wir nicht den Mantel des Schweigens decken. Sie wollten das, und leider haben wir im Zuge der Haushaltsberatungen kaum Zeit, um über diesen Unfug zu sprechen.

Frau Heinen-Esser, Ihre Leistungen für Landwirte sind nicht nur mangelhaft, sie sind ungenügend. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Nach dieser Rede des Abgeordneten Dr. Blex hat für die Landesregierung Ministerin Frau Heinen-Esser das Wort.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das waren ja gerade echt bemerkenswerte Worte meines Vorredners. Gestatten Sie mir nur einen Satz dazu, der mich nämlich beeindruckt hat, Herr Dr. Blex: Ich war am Montag, wie andere Kollegen auch – Hendrik Schmitz zum Beispiel –, bei der Demonstration der Landwirte hier in Düsseldorf. Wissen Sie, was die Landwirte dort bei allen Protesten, bei allen Sorgen, die sie haben, gesagt haben? Sie möchten sich nicht von der AfD

(Zuruf von der AfD)

und ihren lockeren, lauen Sprüchen instrumentalisieren lassen.

(Beifall von der CDU, der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Das möchten sie nicht. Sie haben ernsthafte Anliegen, sie haben ernsthafte Probleme,

(Zurufe von der AfD)

die wir in der letzten Sitzungswoche in diesem Parlament ernsthaft diskutiert haben.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Aber sie möchten sich nicht von Ihnen vor den Karren spannen lassen.

(Zurufe von der AfD)

Sie möchten ernsthafte Lösungen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir alle wissen, dass die Situation für die Landwirte sehr, sehr schwierig ist,

(Zuruf von der AfD)

dass innerhalb der letzten zwölf Monate zahlreiche neue Anforderungen auf sie eingepresselt sind: die Düngeverordnung, die EU-Nitratrichtlinie etc.

Hier ist von Verschiedenen gefragt worden: Was macht denn die Landesregierung eigentlich? Das kann ich Ihnen sagen, und das wiederhole ich immer wieder gerne: Wir sind die einzige Landesregierung, die bereit war, ihre Grundwassermessstellen zu überprüfen. In anderen Ländern hat das nicht stattgefunden.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wir haben festgestellt, dass 10 % der Messstellen nicht in Ordnung sind. Wir tauschen sie aus. Wir sind das erste und einzige Bundesland, das bisher eine Binnendifferenzierung vornimmt, das heißt sich die „roten Gebiete“ tatsächlich noch mal genau anguckt und schaut, ob es nicht doch noch andere Möglichkeiten gibt.

(Beifall von der CDU)

So werden wir es schaffen, die „roten Gebiete“ um 30 % zu reduzieren.

Herr Stinka hat zu mir gesagt, wir reden zu viel. Ich rede gerne viel. Ich rede vor allen Dingen gerne mit den Betroffenen.

Sie sagten im zweiten Satz etwas, was mich echt ein bisschen verwundert hat. Die Logik kriege ich heute Abend auch nicht mehr hin. Sie kritisieren einerseits den Dialog, andererseits sagen Sie, ich solle die Kritiker ernst nehmen und mitnehmen. Ich muss das zusammenbringen. Wie bringe ich das zusammen, Herr Stinka? Indem ich in der Tat Dialogrunden bilde.

Wir sind wieder das einzige Bundesland, das mit einer abgestimmten Position zwischen Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz in die Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik gegangen ist. Das sind Erfolge. Das sind echte Erfolge, durch die wir den Landwirten tatsächlich helfen können.

(Beifall von der CDU)

Jetzt komme ich zu einem anderen Thema: Natürlich wird immer gesagt, die Landwirte seien in die falsche Richtung gegangen. Herr Rülke hat es eben erklärt. Wissen Sie, was wir hier übernommen haben? Ich muss das jetzt auch mal ehrlich sagen:

Im Ökolandbau hat NRW einen Anteil von unter 10 %. Genauer gesagt liegen wir sogar unter 8 %, und das ist viel zu wenig.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD] – Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Unglaublich!)

Andere Bundesländer arbeiten daran, diesen Anteil auf über 20 % zu bringen. Dort gibt es ein Ziel-Benchmarking von 30 %. Und wir arbeiten daran, überhaupt erst zweistellig zu werden. Das müssen wir stärker im Haushalt verankern und uns in den nächsten Monaten und Jahren stärker darum kümmern.

Lassen Sie mich – denn das schließt sich direkt daran an – zu dem kommen, was wir im Bereich der Luftreinhaltung vorgefunden haben. Das ist mein absolutes Lieblingsthema. Seit 2010 gibt es die Luftqualitätsrichtlinie. Seit spätestens 2012/2013 ist klar, dass die Werte erfüllt werden müssen und es keine Ausnahmeregelungen mehr gibt.

Faktisch gab es in ganz Nordrhein-Westfalen keinen funktionierenden und darauf abgestimmten Luftreinhalteplan. Die Folge ist, dass das Land in 14 Städten verklagt worden ist. Erst wir waren und sind es, die die Luftreinhaltepläne in den Städten – das Beispiel Düsseldorfs ist von Herrn Stinka zu Recht angeführt worden – unter großen Anstrengungen erarbeiten und umsetzen, um sich ernsthaft um das Thema „saubere Luft“ zu kümmern. Das hat die rot-grüne Regierung vor uns massiv versäumt.

(Beifall von der CDU und Ulrich Reuter [FDP])

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema „Forstwirtschaft“ sagen. Der Haushalt ist in der Tat eng gestrikt, aber wir haben in diesem Jahr mit großer Kraftanstrengung fast 10 Millionen Euro für Soforthilfen zur Verfügung gestellt. Dasselbe gilt für das nächste Jahr – wir werden jedenfalls versuchen, das hinzubekommen.

Wir stellen 100 Millionen Euro für die Wiederaufforstung zur Verfügung. Wir werden diese Mittel nur gewähren, wenn man sich am Waldbaukonzept von NRW orientiert. Wir werden uns auch noch intensiv mit dem Thema „Naturverjüngung“ und damit, wie der optimale Wald aussieht, auseinandersetzen. Aber hier stehen wir zu unserem Wort. Wir helfen und stellen sehr viel Geld zur Verfügung. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb schließe ich die Aussprache zu a) Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz.

Ich eröffne die Aussprache zu:

b) Verbraucherschutz

Ich erteile für die SPD-Fraktion der Kollegin Blask das Wort.

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin in Nordrhein-Westfalen häufig in Verbraucherberatungsstellen vor Ort und bekomme dort von den Beraterinnen und Beratern ein positives Feedback zur Finanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind froh über die Kontinuität und dass die Finanzierung ihrer Arbeit gewährleistet ist. Dafür ist Ihnen unsere Unterstützung gewiss.

(Beifall von der CDU und Stephan Haupt [FDP])

Ansonsten haben wir Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Landesregierung, leider schon im letzten Jahr ein schlechtes Zeugnis ausstellen müssen.

(Daniel Sieveke [CDU]: Oh!)

Jetzt ist Halbzeit: zweieinhalb Jahre Schwarz-Gelb. Ganz ehrlich: Seitdem ist nicht viel passiert.

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie haben so gut angefangen!)

Wir haben im letzten Jahr die Idee der Fluggastrechte-App diskutiert und gelobt und Ihrem Antrag dazu auch zugestimmt, obwohl die Finanzierung eher knapp bemessen war. Na ja, die App ist jetzt da. Das ist ohne Frage eine gute Sache.

(Beifall von der CDU und Stephan Haupt [FDP])

Aber das kann es doch nicht gewesen sein. Nordrhein-Westfalen ist das Verbraucherland. Hier kommen traditionell die Impulse und die großen Ideen der Verbraucherpolitik zustande. Da kommt von Ihnen aber nichts. Dabei gibt es Themen ohne Ende.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher verlangen dringend nach Transparenz in der Lebensmittel- und Tierwohlkennzeichnung. Mittlerweile sind sogar die Discounter so weit, sich eigene Label zu verpassen. Es ist aber Aufgabe der Politik, hier für Klarheit zu sorgen. Im Rahmen Ihrer Nutztierhaltungsstrategie hätten Sie doch längst tätig werden können.

Ich komme zum Hygieneführerschein für die Gastronomie. Auch hier gibt es riesigen Nachholbedarf. In Nordrhein-Westfalen kann doch jeder oder jede ein Restaurant eröffnen, der oder die mal eine Woche lang mit halbem Ohr im Veterinäramt einem Hygienekurs gefolgt ist. Das reicht nicht aus, und das zeigen auch die eklatanten Zahlen der Hygieneverstöße in der Gastronomie und das öffentliche Interesse daran.

Zur Überschuldungssituation: Genau wie im letzten Jahr hat die Creditreform kurz vor den Haushaltberatungen ihren aktuellen SchuldnerAtlas herausgegeben. Genau wie im letzten Jahr ist das Ergebnis so erschreckend wie alarmierend. Und genau wie im letzten Jahr findet sich dazu im Haushalt nichts.

Der SchuldnerAtlas besagt, dass die Anzahl der überschuldeten Verbraucher in Nordrhein-Westfalen entgegen dem Bundestrend in diesem Jahr sogar noch einmal um rund 6.000 auf 1,75 Millionen zugelegt hat. Von den zehn Städten mit den höchsten Schuldenquoten kommen gleich vier aus Nordrhein-Westfalen. In einzelnen Stadtteilen sind sogar 30 von 100 Einwohnern in Schwierigkeiten, und auch die vergleichsweise gute Lage auf dem Arbeitsmarkt ändert daran nur wenig.

Auch wenn Sie es nicht hören wollen, werde ich nicht müde, mich zu wiederholen: Sie müssen private Verschuldung ernst nehmen.

(Beifall von der SPD)

Das ist ein riesiges Armutsrisiko.

Nun hat sich im SchuldnerAtlas 2019 auch noch herausgestellt, dass die Verschuldung von Seniorinnen und Senioren in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Vorjahr um 45 % gestiegen ist. Entsprechend hat der VdK eine Pressemitteilung verschickt, in der er eindringlich vor zunehmender Altersarmut in Nordrhein-Westfalen warnt.

Wenn Sie Altersarmut wirklich bekämpfen wollen, müssten wir sie jetzt anpacken. Ich möchte Ihnen empfehlen, unserem Antrag zur Reform der Schuldenberatung in der nächsten Ausschusssitzung zuzustimmen.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Schulden- oder Schuldnerberatung?)

Ein weiterer Vorschlag zur Güte, da es Ihnen in Sachen Verbraucherpolitik offensichtlich etwas an Inspiration fehlt: Wir haben zu diesem Haushalt einen Änderungsantrag bezüglich der Verbraucherarbeit im ländlichen Raum gestellt.

Meine Gespräche mit den Beratern in den Verbraucherzentralen vor Ort haben vor allem ergeben, dass wir neue Mittel und Wege brauchen, um die Menschen im ländlichen Raum zu erreichen. Viele Leute im ländlichen Raum haben nicht die Möglichkeit, ortsnah eine Beratungsstelle der Verbraucherzentrale aufzusuchen. Fehlende Mobilitätsangebote, aber vor allem mangelnde Kapazitäten spielen dabei eine Rolle.

Deswegen haben wir in unserem Änderungsantrag ein vom Land NRW initiiertes Modellprojekt zur Verbraucherberatung im ländlichen Raum vorgeschlagen, durch das neue Beratungsformen und -modelle entwickelt, erprobt und evaluiert werden können. Einige von Ihnen werden sich erinnern: Die Verbraucherberatung im Quartier hat wunderbar geklappt. Dieses Projekt hat Ihre Regierung nun nach einigem Hin und Her verlängert.

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchten wir Sie herzlich bitten, unserem Änderungs-

antrag zum Thema „Verbraucherschutz im ländlichen Raum“ zuzustimmen und Ihrem Haushalt somit auch einmal ein mittel- bis längerfristiges politisches Projekt zugestehen. Das haben die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Herr Dr. Untrieser.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einer immer komplizierter werdenden Welt liegt uns der Verbraucherschutz sehr am Herzen. Warum ist das so? Weil uns der einzelne Mensch, der frei und selbstbestimmt handeln soll, sehr am Herzen liegt und gerade im Mittelpunkt unseres politischen Handelns steht.

(Beifall von der CDU)

Deswegen freue ich mich, dass wir die Mittel für den Verbraucherschutz in diesem Haushaltsplan noch einmal erhöht haben, und zwar auf 33,8 Millionen Euro. Schaut man sich die konkreten Zahlen von vor ein paar Jahren dazu an, stellt man fest, dass sich die Mittel im Vergleich zum Jahr 2016 in 2020 verdoppelt haben.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das ist ein wirksamer Schutz für die Verbraucher in diesem Land.

Von den vielen Maßnahmen, die es gibt, möchte ich nur drei Dinge herausgreifen, da für mehr die Zeit nicht ausreicht.

Das Erste ist der wirtschaftliche Verbraucherschutz im digitalen Zeitalter. Wir haben neue Möglichkeiten, wie das bargeldlose Zahlen, Smart Contracts, Smart Toys, künstliche Intelligenz, Smart Home, Algorithmen oder Blockchain. Mit all dem müssen wir Verbraucher heute umgehen.

Ich, der im Digitalisierungsausschuss und im Verbraucherschutzsausschuss tätig sein darf, möchte an dieser Stelle betonen, dass in der Digitalisierung unglaublich viele Chancen liegen. Die Digitalisierung wird das Leben für uns alle einfacher, besser, gesünder, angenehmer und umweltfreundlicher machen. Im Medizinbereich gibt es viele ganz tolle neue Möglichkeiten. Das gilt auch für den Verkehrsbereich. Hier seien digitale Verträge und Abrechnungssysteme genannt. Damit kann uns viel Bürokratie erspart bleiben.

Gleichzeitig muss der Verbraucher aber auch wissen, welche Daten er aus der Hand gibt und was damit passiert. Weiß jeder von uns, mit welchen Klicks er welche Spuren im Internet hinterlässt? Weiß jeder, welche Rechte ihm bei einem Onlinekauf zustehen oder dass man unterschiedliche Preise angeboten bekommt, je nachdem, welches Endgerät man nutzt?

An dieser Stelle muss der Staat eingreifen und gestalten. Er muss die rechtlichen Rahmenbedingungen setzen. Zum anderen – das ist im Haushalt sehr gut abgebildet – müssen wir die Verbraucherinnen und Verbraucher fit für die Digitalisierung machen, damit sie mit den neuen Chancen und Möglichkeiten umgehen können und nicht Opfer der Risiken werden.

Einen zweiten Punkt, den ich erwähnen möchte, haben wir hier bereits vor einem Jahr besprochen. Frau Blask hat dazu auch schon ausgeführt. Wir haben etwas für die Fluggäste getan. Vor einem Jahr wollten wir die Fluggastrechte-App einführen und haben die Gelder dafür zur Verfügung gestellt. Diese Fluggastrechte-App ist inzwischen in Betrieb. Die Zahlen belegen, dass sie ein absoluter Erfolg ist.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es gab 36.000 Downloads in nur sieben Wochen, und es wurden knapp 8.000 Anspruchsschreiben generiert. Das ist bürokratiearm, unkompliziert, schnell, unabhängig und kostenlos. Das ist wirksamer Verbraucherschutz, wie wir ihn uns vorstellen.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte erwähnen, woran wir im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher noch arbeiten müssen. In anwaltlicher Tätigkeit habe ich selber einige Fälle betreut, zum Teil haben mich auch Kollegen aus diesem Hause angesprochen und auf ein Problem aufmerksam gemacht.

Es gibt Fluggesellschaften, gegen die ein eindeutiger Anspruch besteht, die aber ihre Adresse, sprich: ihre ladungsfähige Anschrift, einfach nicht zur Verfügung stellen. Oft kommt man gar nicht an die entsprechende Adresse heran. Das ist ein Problem, an dem wir arbeiten müssen.

Wenn international operierende Fluggesellschaften, die von Deutschland aus starten oder landen, nicht in der Lage sind, uns eine Anschrift zu geben, unter der man sie erreichen kann, und man sie deswegen gar nicht verklagen kann, muss der Staat eingreifen. Dann müssen wir uns vor die Fluggäste stellen und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher durchsetzen. Ich hoffe, dass wir das auf der europäischen Ebene, auf der Bundesebene und auch hier gemeinsam anpacken können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein dritter Punkt: Zu diesem Haushaltsbereich gehören auch gesunde Ernährung und die Wertschätzung von Lebensmitteln. Mit Blick auf die Demonstrationen der Landwirte sage ich ganz bewusst: Wir müssen wieder mehr Respekt haben und zeigen – Respekt für das tägliche Brot, für das Gemüse, für die Fleischzeugnisse, kurzum: für das, was jeden Tag auf unserem Teller liegt. Wir müssen aber auch Respekt und Dankbarkeit für diejenigen entwickeln, die sehr hart dafür arbeiten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In dem Zusammenhang kann ich den Verlauf der Diskussion nicht ganz verstehen. Die CDU stand immer hinter den Landwirten und hatte für die Landwirte gekämpft. Das werden wir auch weiterhin tun. Im Moment – das gebe ich zu – ist die Diskussion schwierig. Wir werden die Gespräche trotzdem weiterführen.

Wenn ich dann aber von SPD und Grünen höre, wir würden nicht genug für die Landwirte tun, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dr. Christian Untrieser (CDU) ... obwohl ich nach zweieinhalb Jahren in diesem Haus auf Podiumsdiskussionen erlebt habe, wie Vertreter Ihrer Fraktion auf die Landwirte schimpfen, muss ich sagen: Das können wir uns nicht bieten lassen.

(André Stinka [SPD]: Wie viele Minister haben Sie denn gestellt in Berlin?)

Die CDU steht zu den Landwirten. Gerade Ihre Politik hat dafür gesorgt, dass die Landwirte sauer auf die Politik sind.

(Beifall von der CDU und der FDP – Christian Dahm [SPD]: Seit Generationen!)

Ich komme zum Schluss. – Mit diesem Haushalt stellen wir viel Geld für sehr gute Maßnahmen im Bereich des Verbraucherschutzes zur Verfügung.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir möchten einen mündigen und freien Verbraucher, denn für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Dafür ist dieses Geld gut angelegt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Das fällt Ihnen noch vor die Füße!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Untrieser, das

stimmt. Sie stehen an der Seite der Landwirtschaft, aber das war in den letzten zwei Jahrzehnten nicht immer gut. Sie haben die Landwirtschaft einfach in die falsche Richtung geführt. Es wäre notwendig, dass Sie das einmal zugeben und sagen: Die Weltmarktorientierung in der Form war falsch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich glaube, ein zartes Pflänzchen habe ich eben wahrgenommen.

(Zurufe von Daniel Sieveke [CDU] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Hier in Nordrhein-Westfalen ist es nicht so einfach, Ökolandbau hinzubekommen. Das ist eine Herausforderung. Aber ich finde es gut, dass Sie das sagen. Dann wollen wir den Anteil einmal hochpushen und schauen, was da geht.

Es ärgert mich aber, Herr Untrieser, wenn Sie von mehr Respekt und mehr Wertschätzung sprechen. Genau das ist die Landwirtschaft am Ende ein Stück weit leid. Denn mit Respekt und Wertschätzung können keine Futtermittelrechnungen bezahlt werden. Das ist das Problem der Landwirte. Sie brauchen faire Preise. Diese zaubert man nicht mit mehr Wertschätzung herbei. Man kann das nur hinbekommen, indem man die Nachfrage stärkt.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das ist im Bereich von Ökolandbau und regionaler Vermarktung unser Problem. Wir müssen einmal auf unsere landeseigenen Kantinen schauen. Wir haben jede Menge Finanzämter. Können sie mit ihren Kantinen die Nachfrage nicht ein Stück weit ankurbeln? Könnten wir damit über das Essen in unseren landeseigenen Kantinen etwas für Naturschutz, Insektenschutz und Artenvielfalt tun? Das wären Anreize, die man geben könnte.

Machen Sie sich auf den Weg. Aber reden Sie nicht immer nur über Respekt und Wertschätzung. Das geht nicht. Denn dann werden Sie bald wieder die nächsten Bauerndemonstrationen haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Wald wurde ja angesprochen. Wir sind ganz klar der Meinung, dass man in dieser Krise mehr tun muss. Die 10 Millionen Euro sind zwar nicht schlecht, aber reichen bei Weitem nicht aus. Das wissen Sie auch, Frau Heinen-Esser. Das Ganze über zehn mal zehn Jahre zu ziehen, geht gar nicht.

(Henning Rehbaum [CDU]: Verbraucher-schutz, Herr Rüssel!)

– Dazu komme ich gleich noch, Herr Rehbaum. – Deshalb haben wir gesagt, dass wir einen Fonds wollen, mit dem wir als Land in der Lage sind, den Waldbauern Angebote zu machen, die Flächen an uns zu verkaufen, wenn sie kein Interesse mehr haben, sie selber weiter zu bewirtschaften. Diese Fälle gibt es

ja. Darauf muss man doch reagieren. Ansonsten werden wir – ähnlich wie nach „Kyrill“ – jede Menge Wald haben, in dem gar nichts passiert. Ich weiß nicht, ob das der richtige Weg ist.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Ich lasse die Hygieneampel jetzt einmal weg. Darüber, dass Sie sie abgeschafft haben, habe ich schon oft genug geschimpft. Man muss auch einmal einen Schritt weitergehen.

Beim Thema „Verbraucherschutz“ waren sich immer alle Parteien hier in Nordrhein-Westfalen einig, dass das wichtig ist und dass wir es gemeinsam betreiben und beispielsweise zusammen dafür sorgen wollen, dass die Verbraucherzentralen anständig ausgestattet sind und es ein gutes Angebot für die Menschen in diesem Land gibt.

An der Stelle gibt es von unserer Fraktion nichts zu kritisieren. Deshalb, Herr Rehbaum, kann ich diesen Teil relativ kurz fassen.

(Henning Rehbaum [CDU]: Wie angenehm!)

Das ist an dieser Stelle der Punkt. Da gibt es mal ein Lob für das Ministerium –

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

nicht für die Ministerin, sondern für das Ministerium als Verwaltung.

(Zuruf)

Ich finde, dass die Abarbeitung des Skandals um Wilke-Wurst hier in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen gut erfolgt ist. Das kann man an dieser Stelle auch einmal sagen. Ich glaube, dass die Verwaltung aus den Lebensmittelskandalen, die wir in der Vergangenheit hatten, gelernt hat. Das darf man auch einmal positiv benennen. Dass das vernünftig funktioniert, ist aus unserer Sicht ganz hervorragend.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nicht so gut ist das, was im Bereich Tierschutz passiert ist. Die Abschaffung der Stabsstelle Umweltkriminalität, Frau Heinen-Esser, halten wir nach wie vor für einen großen Fehler.

Wir finden es gut, dass Sie den Antrag, den wir zum Tierschutzbeauftragten bzw. zur Tierschutzbeauftragten gestellt haben, umsetzen. Das finden wir hervorragend. Wir sind immer noch überrascht darüber, dass CDU-Fraktion und FDP-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen konnten. Aber dass Sie das gemacht haben, finden wir gut.

Die Ausstattung, auch im Haushalt, begeistert uns allerdings nicht. Sowohl die Eingruppierung der Stelle als auch die Ausstattung finden wir zu niedrig. Welche Ressourcen stecken denn dahinter? Oder ist es am Ende ein König oder eine Königin ohne Land, der

oder die nichts machen kann, weil gar keine Mittel da sind?

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Nein!)

Da sind wir einmal gespannt. Da werden wir natürlich noch einmal nachhaken. Wir brauchen nämlich keinen Tierschutzbeauftragten hier in Nordrhein-Westfalen, der ein zahnlöser Tiger ist und gar nichts geregelt bekommt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn die Herausforderungen sind groß. Gerade in unserem Bundesland gibt es da einiges zu tun.

Frau Heinen-Esser, ich habe es in der ersten Runde gesagt: Setzen Sie sich im Kabinett durch. Holen Sie mehr Mittel für dieses Ministerium herein. Angesichts der Aufgaben, die es vor der Brust hat, hat das Ministerium es nämlich verdient, besser ausgestattet zu werden.

Weil das nicht so ist, lehnen wir den Einzelplan 10 ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rüsse.

Bevor ich Herrn Kollegen Haupt von der FDP-Fraktion das Wort erteile und für ihn das Redepult freigebe, möchte ich herzlich eine Delegation aus der Stadt Afyon in der Türkei begrüßen, die derzeit die Partnerstadt Hamm besucht und auf unserer Tribüne Platz genommen hat. Herzlich willkommen, Herr Bürgermeister Zeybek! Das Parlament freut sich.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt hat Herr Kollege Haupt das Wort.

Stephan Haupt (FDP): Danke schön. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß gar nicht, ob ich überhaupt noch etwas sagen soll angesichts der Feststellung von Herrn Kollegen Rüsse, beim Thema „Verbraucherschutz“ sei alles in Ordnung, und Kollegin Blask hat uns dankenswerterweise in ihrer Rede die Hälfte der Zeit gelobt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Und das, was Sie kritisiert haben, Frau Blask, betrifft uns eigentlich gar nicht. Sie haben zum Beispiel im Bereich Hygiene bemängelt, dass keine Initiativen kämen. Ich kann nur sagen: Bei der Verbraucherschutzministerkonferenz wurde einstimmig begrüßt, dass auf Initiative Nordrhein-Westfalens ein Sachkundenachweis eingeführt werden soll. Diesen Sachkundenachweis können wir nur deshalb nicht umsetzen, weil der Bund dafür zuständig ist und die

Rechtsgrundlagen schaffen muss. Da Sie dort koalieren, sind Sie dann in der Pflicht. Insofern bräuchte ich dazu gar nicht viel zu sagen.

(Beifall von der FDP)

Es kam gerade schon auf: Wir haben die bekannten Verbraucherskandale der Vergangenheit und der Gegenwart, und wir haben Herausforderungen wegen der Veränderungen durch die Digitalisierung, aber auch durch den Klimawandel.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das zeigt, welche Bedeutung der Verbraucherschutz hat und vor welchen Herausforderungen dieser steht. In diesem Sinne begreifen wir den Verbraucherschutz als übergeordnete Aufgabe unseres Handelns und nicht als Einzelaspekt.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Insofern findet sich Verbraucherschutz in vielen Titeln dieses Haushaltsplans wieder.

Ein wichtiger Baustein des Verbraucherschutzes in Nordrhein-Westfalen ist mit Sicherheit die Arbeit unserer Verbraucherzentralen. Diese ist und bleibt für uns auch unverzichtbar. Die Mittel für die Förderung der Verbraucherzentralen haben wir daher nochmals um 360.000 Euro erhöht.

Ein weiterer wichtiger Baustein des Verbraucherschutzes ist die Beratung zu einer gesunden Ernährung. Die etablierten Beratungsangebote wie die der Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung NRW der Verbraucherzentrale leisten hier bereits seit Jahren einen wichtigen Beitrag.

Neben den bestehenden und erfolgreich bewährten Programmen zur gesunden Ernährung in Kitas und Schulen werden wir das Beratungsangebot nun auch noch um die neue Vernetzungsstelle Seniorenverpflegung erweitern. Hiermit stärken wir die Ernährungskompetenz von selbstständig lebenden Senioren, von Pflegeeinrichtungen und auch von mobilen Versorgern wie „Essen auf Rädern“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Digitalisierung und die künstliche Intelligenz verändern den Verbraucheralltag massiv, und zwar in einer enormen Geschwindigkeit. Angebote für den Verbraucher, die vor wenigen Jahren noch undenkbar waren, sind heute längst Alltag: das Ausleihen eines Fahrrads mittels einer App, das Bezahlen mittels Smartphone, die Buchung des Jahresurlaubs mittels Handy, während man abends auf dem Sofa liegt, die Echtzeitverfolgung eines Paketes, um nur einiges zu nennen.

Die Digitalisierung bietet aber auch ganz viele neue Möglichkeiten für den Verbraucherschutz. Die Flügler-App ist gerade schon erwähnt worden – mit über 36.000 Downloads; das sind 36.000 Beratungen. Da sieht man, wie Verbraucherschutz gehen kann: einfach, effektiv, schnell und sieben Tage die

Woche rund um die Uhr verfügbar. Das ist Verbraucherschutz, wie wir ihn uns als FDP vorstellen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Neben den Flugreisen kann ich mir noch ganz viele weitere Bereiche vorstellen, in denen wir künftig den Verbraucher mit weiteren digitalen Angeboten stärken und unterstützen werden. Wir werden daher den Weg zum Verbraucherschutz 4.0 weitergehen und ausbauen.

Aber gerade weil wir uns intensiv mit der Digitalisierung auseinandersetzen, ist uns bewusst, dass hier natürlich Risiken bestehen. Diesen Risiken werden wir mit Aufklärung begegnen. Denn nur derjenige, der Risiken und Gefahren kennt, kann auch frei und kompetent handeln und entscheiden.

Die Zunahme neuer, digitaler Geschäftsmodelle erfordert auch neue und ausgeweitete Beratungsangebote in der Verbraucherinformation, damit die Akzeptanz und das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt werden und nicht verloren gehen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Verstehen Sie, was Sie da sagen?)

Deshalb werden wir im Dialog mit den Verbraucherschutzverbänden und Experten zu aktuellen Themen wie „künstliche Intelligenz“, „Algorithmen“, „neue bargeldlose Bezahlssysteme“ und „Telematiksysteme von Versicherungen“ auch entsprechende Informations- und Aufklärungsaktivitäten durchführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird zukünftig darauf ankommen, bewährte Angebote – wie die der Energieberatung und der Ernährungs- und Gesundheitsberatung – zu bewahren, diese auszubauen und mit Neuem zu kombinieren sowie transparente, verbraucherfreundliche Regelungen und Rahmenbedingungen für digitale Anwendungen zu schaffen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Stephan Haupt (FDP): Mit erhöhten finanziellen Mitteln für den Ausbau des persönlichen Beratungsangebotes und die Ausweitung des digitalen Angebotes stellen wir als NRW-Koalition uns diesen Herausforderungen für den Verbraucherschutz. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Haupt. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich beginne

mit einigen Worten zur Forstpolitik der grünen Ministerin Heinen-Esser. Frau Heinen-Esser, wer ins Winterbrauchtum eingreifen möchte und seine Bedenken gegenüber zu hohen Weihnachtsbäumen in der Kommune äußert, der ist grün. Wer diese so umsetzen will wie die Grünen, der ist ökosozialistisch.

Die Grünen haben einen Antrag zum Haushalt eingebracht. Darin fordern sie die Einrichtung eines Waldfonds zum Ankauf von Kalamitätsflächen. Die Grünen wollen also ihre Forderung nach dem staatlichen Eingriff in den freien Wohnungsmarkt und damit der Enteignung auch auf forstwirtschaftlichen Besitz übertragen. Wer soll entscheiden, welche Flächen aufgekauft werden und welche nicht? Von wem sollen die Flächen aufgekauft werden? Das sind sehr viele sehr bedenkliche Fragen.

Obwohl die Laschet-Parteien den Antrag der Grünen noch im Fachausschuss vehement abgelehnt haben, überschlagen sich doch die Meldungen in den Medien um die Pläne der Ministerin für einen entsprechenden Waldfonds.

Die Regierungsfractionen möchten vermeintlich nicht das, was die Grünen fordern. Aber irgendwie wollen Sie, Frau Heinen-Esser, es dann doch. Sie argumentieren wie die Grünen und sprechen bei den Wäldern von – Zitat – „Kathedralen des Klimaschutzes“.

Die Waldbesitzer sollen also eine Baumprämie bekommen, aber nicht direkt, sondern über die Einnahmen aus dem CO₂-Zertifikatehandel, also über einen Umweg über das NRW-Umweltministerium. Wie das alles bürokratiearm funktionieren soll, wissen wohl nicht einmal Sie selbst. Wieso auch?

Die Umstellung auf die Direktförderung ist für die Waldbesitzer bis heute eine Katastrophe: zu aufwendig, zu gering.

(Zuruf von der CDU: Zum Thema!)

Bis heute liegen die Kalamitäten noch im Wald. Was jetzt liegt, das liegt. Eine Borkenkäferbrut wird jetzt nicht schlüpfen, aber in diesem Umfeld überwintern. So sollte der forstpolitische Schwerpunkt ganz klar auf dem Abschöpfen der ersten Generation von Borkenkäfer während der Migrationsphase im nächsten Jahr liegen, um das Schlimmste für den Fichtenwald zu verhindern. Doch damit tut sich die Landesregierung sehr schwer. Zu sehr ist sie damit beschäftigt, schon jetzt mit der Aufforstung zu beginnen.

In unserem Antrag für eine unbürokratische Waldhilfe haben wir aufgezeigt, welche Maßnahmen ergriffen werden können. Jeder Forstwirt kann Ihnen sagen: Wenn sich die hohen Temperaturen und die Trockenperioden im nächsten Jahr wiederholen sollen, gehen sofort alle Jungpflanzen ein.

Ihr Problem, Frau Heinen-Esser: Sie sind Anhängerin der Church of Global Warming. Deshalb sehen Sie überall nur den angeblich menschengemachten

Klimawandel. Es dauert nicht lange; dann nehmen Sie auch den Borkenkäfer als schützenswertes Insekt in ihr Insektenschutzprogramm auf.

(Daniel Sieveke [CDU]: Wir sind beim Thema „Verbraucherschutz“!)

Wir haben Änderungen zum Haushalt eingebracht, um das Umweltministerium von der Klimaideologie zu befreien. Letztlich residiert Klimaschutz nicht mehr im Umweltministerium,

(Bianca Winkelmann [CDU]: Zum Thema!)

sondern im Wirtschaftsministerium. Es gehört zur Haushaltswahrheit einfach dazu. Doch das wollen Sie nicht.

Mit diesem Haushaltsposten können Sie weiterhin grüne NGOs finanzieren. Ich erinnere nur an die Veranstaltung des Bundesumweltministeriums zum Klimaschutz auf der Rheinterrasse. Bei dieser Veranstaltung wurden die Klimagewinnler gefragt, was die ...

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Waren Sie auch da?)

– Herr Rüße, ich war da und habe geredet. Passen Sie einmal auf.

(Henning Höne [FDP]: Haben Sie auch zum Thema geredet?)

Auf dieser Veranstaltung wurden die Klimagewinnler, die Lobbyisten, gefragt, was die Landesregierung für mehr Klimaschutz tun müsse.

(Zuruf von der CDU: Die armen Leute!)

Die mit Abstand meisten Stimmen gab es für mehr – raten Sie mal! – Fördermittel. Was für ein Wunder! Dieser Heißhunger auf mehr Fördermittel ist Wasser auf die Mühlen der Klimaprofiteure.

(Henning Höne [FDP]: Und jetzt zum Verbraucherschutz!)

Das sind die Leute, mit denen Sie sich abgeben.

Frau Heinen-Esser, beim Thema „Forstpolitik“ sind Sie auf dem Holzweg. Ich habe meine Zweifel, dass Sie bis zum Ende der Legislaturperiode irgendeine Einsicht zeigen werden. Wir lehnen Ihren Haushaltsentwurf ab.

(Beifall von der AfD – Daniel Sieveke [CDU]: Verbraucherschutz war das Thema! – Zuruf: Thema verfehlt! – Weitere Zurufe – Gegenruf von Dr. Christian Blex [AfD]: Schön, dass es Ihnen gefallen hat!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Heinen-Esser.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank, dass ich mich zum Verbraucherschutzhaushalt des Ministeriums äußern darf.

(Beifall von der CDU)

Ich darf mich erst einmal bei allen bedanken, die über viele Jahre dafür gesorgt haben, dass bei uns in Nordrhein-Westfalen die Verbraucherarbeit auf wirklich soliden Füßen steht. Das ist hier von allen gesagt worden. Ich erinnere daran, dass Eckhard Uhlenberg einen Fünfjahresvertrag mit der Verbraucherzentrale NRW eingeführt hat, um der Verbraucherzentrale Planungssicherheit zu ermöglichen. Das haben alle Landesregierungen weiter durchgehalten.

Wir setzen das fort und können den Haushalt auch weiter aufstocken. Denn wir stehen in der Tat vor vielen neuen Herausforderungen im Bereich der Verbraucherpolitik.

Ich bin Herr Untrieser und Herr Haupt ganz besonders dankbar dafür, dass sie ein Thema angesprochen haben, das gar nicht so sehr im Fokus steht, aber ein immer bedeutenderes Thema in der Verbraucherpolitik darstellen wird, nämlich die digitale Verbraucherpolitik bzw. die Verbraucherpolitik in der digitalen Welt. Da geht es nicht mehr nur, wie noch vor vielen Jahren, um Handyverträge und Ähnliches – das ist natürlich nach wie vor ein Thema –, sondern auch um komplizierte Themen wie „Datenschutz“, „Datensicherheit“, „Algorithmen“ und „künstliche Intelligenz“. Das sind ganz komplizierte Themen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir kümmern uns darum, dass sie in der Verbraucherarbeit auch wirklich vorkommen, weil wir der Meinung sind, dass wir ein Instrument schaffen müssen, das den Verbrauchern tatsächlich hilft. Wir haben Konferenzen zur Digitalstrategie – federführend ist das Wirtschaftsministerium – durchgeführt. Deren Existenz zeigt, dass wir in Nordrhein-Westfalen viele gute Dinge im Bereich Digitales machen – aber auch vernetzt mit dem Thema „Verbraucherschutz“. Das funktioniert bei uns im Land gut. Ich bin dem Kollegen Pinkwart dankbar für eine gute, intensive Zusammenarbeit.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Fluggastrechte-App ist schon genannt worden. Sie stellt wirklich ein Erfolgsmodell dar. Ein herzliches Dankeschön dafür, dass der Landtag uns die Mittel zur Verfügung gestellt hat! Wir haben die App entwickelt. Andere Bundesländer finden sie sehr positiv. Wir würden uns natürlich freuen, wenn das eine oder andere Bundesland auch noch in die Finanzierung einsteigen würde, sodass wir die App noch weiter ausbauen können, zum Beispiel im Hinblick auf

Gepäckermittlung oder mehrere Anschlussflüge hintereinander. Tatsache ist aber – einer der Vorredner hat es gesagt –: Das ist echte, wahre Verbraucherarbeit, die wir hier leisten.

Ich möchte noch das Thema „Tierschutz“ ansprechen, weil es hier genannt worden ist. Wir haben vor einigen Wochen unser Tierschutzpaket präsentiert. Wenn der Haushalt verabschiedet ist, werden wir die Ausschreibung starten und einen Tierschutzbeauftragten einstellen, der mit seiner Stabsstelle direkt mir zugeordnet ist. Ich glaube, dass das ein guter Weg ist, um Mittler zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern zu sein und somit bestimmte Themen stärker berücksichtigen zu können. Ich würde mich freuen, hierzu Ihre Unterstützung zu bekommen.

Weiterhin initiieren wir die Tiergesundheitsdatenbank. Hier laufen alle Daten zum Thema „Nutztiere“ zusammen. Damit erhoffen wir uns das, was wir schon lange fordern und was sich alle von uns wünschen, nämlich ein wesentlich besseres Kontrollinstrument.

Last, but not least planen wir die Nutztierhaltungsstrategie, die zurzeit mit allen Akteuren und Stakeholdern besprochen wird, die auf einem guten Weg ist und die wir Ihnen Anfang des nächsten Jahres im Landtag Nordrhein-Westfalen präsentieren können.

Sie sehen also, dass wir in Sachen Tierschutz sehr viel machen. Im Laufe des nächsten Jahres werden wir ein rundes Paket verabschiedet und installiert haben, mit dem der Tierschutz bei uns in Nordrhein-Westfalen ein großes Stück vorankommt.

Ich darf natürlich nicht vergessen, dass gestern im Kabinett das für die Verbändeanhörung vorbereitete Gifftiergesetz besprochen wurde, mit dem wir unsere Ankündigung umsetzen, dass Gifftiere nichts in privaten Wohnungen zu suchen haben. Auch hier zeigen wir, dass wir reale Interessen vertreten.

Zu den Themen „Ernährung“ und „Verpflegung“ ist bereits einiges gesagt worden. Herr Haupt, die Vernetzungsstelle Seniorenverpflegung ist ein neues, großes Projekt, das natürlich auch gemeistert wird. Wir haben eine alternde Gesellschaft und müssen uns mit dem Thema „vernünftige Ernährung“ beschäftigen. Gleichzeitig spielt natürlich das, was Frau Blask gesagt hat, eine Rolle: Wie geht man damit um, wenn jemand wenig Geld hat?

Wir bringen die Themen also tatsächlich zusammen. Vielen Dank für die Unterstützung des Hauses dabei. – In diesem Sinne wünsche ich Ihnen noch einen schönen Abend.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Aussprache zu Teil b),

Verbraucherschutz, angelangt. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 10. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8010, den Einzelplan 10 unverändert anzunehmen. Damit stimmen wir über den Einzelplan selbst und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer dem Einzelplan 10 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Einzelplan 10 in zweiter Lesung** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen** worden.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 01
Landtag, Landesbeauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit NRW**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8001

Eine Aussprache ist, wie Sie wissen, nicht vorgesehen.

Daher kommen wir unmittelbar zur Abstimmung über den Einzelplan 01. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8001, den Einzelplan 01 unverändert anzunehmen. Wir stimmen deshalb auch über den Einzelplan und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer dem Einzelplan 01 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Ich frage vorsorglich, ob es Gegenstimmen gibt. – Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 01 in zweiter Lesung** einstimmig **angenommen** worden.

Wir kommen zu:

**Einzelplan 13
Landesrechnungshof**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8013

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen.

Daher kommen wir unmittelbar zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Einzelplan 13 unverändert anzunehmen. Wer dem Einzelplan 13 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das